

# „Wir sind der Daimler auf dem Markt für Ökostrom“

**Stadtwerke** Der Stromrebell Michael Sladek hat im Rathaus über die Energiewende referiert. *Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt*

So einen überfüllten Sitzungssaal wie am Mittwochabend hat es im Stuttgarter Rathaus noch nicht oft gegeben. Der Grund für den großen Andrang der Bürger war ein Rauschebart aus dem Schwarzwald: Michael Sladek, einer der Stromrebell von Schönau, sprach über „seine“ Elektrizitätswerke (EWS), über deren Rolle als Vertriebspartner der neuen Stadtwerke Stuttgart, über Ökostrom und die richtigen Wege und Zutaten für eine erfolgreiche Energiewende.

Sladek, sonst in großer Zahl im Rathaus, glänzten bei der 6. Veranstaltung des Forums Stadtwerke durch Abwesenheit. Ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle der Grünen wurde von der Versammlung aber als „halber Stadtrat“ anerkannt.

Dann hatte der Ökostrompionier das Wort. „Die Energiewende braucht dezentrale Strukturen, die Zentralität der großen Energiekonzerne ist fehl am Platz“, sagte der 65-Jährige. Schließlich könnten die atomar verseuchten Wege, die in die Krise geführt hätten, nicht aus dieser herausfüh-

ren. „Dazu benötigen wir dezentrale kommunale Versorgungsnetze und eine ebenso bürgernah organisierte Energieerzeugung“, betonte Sladek. Dann bleibe die lokale Wertschöpfung auch in der Kommune oder in der Region, statt in Konzernkassen zu fließen.

**„Entscheidend für die Energiewende ist die Kopplung von Kraft und Wärme.“**

Michael Sladek,  
Stromrebell aus Schönau

Sladek hält die Kraft-Wärme-Kopplung für die „entscheidende Technik“, um die Energiewende erfolgreich zu stemmen. Die Sonne stehe als Stromlieferant keine 8760 Stunden im Jahr zur Verfügung, auch der Wind wehe

nicht immer. Deshalb müsse die Energieerzeugung durch dezentrale Blockheizkraftwerke, die mit einem Wirkungsgrad von 90 Prozent gleichzeitig Strom und Wärme produzierten, gesichert werden. Um die dezentrale Energiewende zu schaffen, müssten die Städte und Gemeinden auch die Strom- und Gasnetze kaufen und selbst betreiben. „Nur dann kommen die Blockheizkraftwerke in die Keller, die Fotovoltaikmodule auf die Dächer“ so Sladek. „Und nur dann wird dazwischen viel Strom eingespart.“

„Für die Netzübernahme von der Energie Baden-Württemberg (EnBW) oder anderen Energiekonzernen braucht man ein Pokerface“, räumte er ein. Die Kosten – in Stuttgart etwa 200 Millionen Euro für das Strom- und Gasnetz – sind nach seiner Ansicht kein Hindernis. „In Stuttgart bekommen sie über Bürgerbeteiligungen bis zu 80 Millionen Euro.“ Zusammen mit den Stadtwerken Schwäbisch Hall strebe die EWS auch eine Partnerschaft mit der zu gründenden Netzgesellschaft der Stadtwerke an. „Wir respektieren die Hoheit der Stadt, möchten aber unser Wissen um eine ökologische Energiewirtschaft einbringen.“ Man beteilige sich prinzipiell nicht, wenn die

EnBW im Spiel sei, merkte Sladek an im Blick auf eine mögliche Beteiligung des Karlsruher Konzerns an den Stadtwerken.

Dem neuen Stuttgarter Vertriebspartner zollte Sladek großes Lob. Die Aufsichtsräte der Stadtwerke hätten die strengen Schönauer Kriterien für umweltfreundliche Elektrizität („Wir sind der Daimler auf dem Markt für Ökostrom“) alle übernommen. In Stuttgart werde das Spitzenprodukt unter einem eigenen Markennamen aus der Steckdose kommen. „Der zu Stuttgart passende Name wird noch gesucht“, so Sladek. „Der muss eine emotionale Strahlkraft für die Energiewende haben und für ein powervolles Produkt stehen.“



Der große Sitzungssaal war übervoll: Publikumsmagnet Michael Sladek. Foto: Martin Stollberg

**Fraktionsantrag**

## Die SPD fordert Spielstraßen

Angesichts des seit Jahren bestehenden Mangels an Spielplätzen vor allem in den Bezirken West, Ost, Mitte sowie Bad Cannstatt und Zuffenhausen fordert die SPD-Fraktion im Gemeinderat, in dieser Frage endlich neue Wege zu beschreiten. So sollte nach Ansicht der Sozialdemokraten in den unterversorgten Gebieten Straßen zu Spielstraßen umgewandelt, diese gegebenenfalls zeitweise gesperrt werden.

Die SPD im Rat will sich mit der Spielflächenleitplanung 2011/2012 nicht abfinden. Darin begegne man wieder den „alten Bekannten“, jenen auch heute noch „dramatisch unterversorgten“ Bezirken, die nach einem Beschluss des Rats Mitte der 90er Jahre eigentlich bevorzugt mit neuen Spielflächen hätten bedacht werden müssen. Damals wie jetzt aber heiße es, dort fehle es zur Schaffung von Spielplätzen an Grundstücken, schreibt die SPD in ihrem Antrag. Deshalb dürfe es in der Sache keine Denkverbote mehr geben. Wie etwa im hessischen Griesheim solle die Stadt zum Beispiel Spielmöglichkeiten und Bewegungstationen an Schulwegen einrichten. ury